

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom
Kantonsratspräsidentin

18. September 2023
Schmutz Judith

A 1058 Anfrage Schneider Andy und Mit. über Probleme mit den Personaldossiers und der Administration der Lehrpersonen / Bildungs- und Kulturdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Andy Schneider ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Andy Schneider: Als Erstes möchte ich hervorheben, dass die Auszahlung der Löhne mit den getroffenen Massnahmen nun garantiert wird. Das ist notwendig und absolut wichtig. Meine jetzt folgende Rückmeldung basiert auf Informationen der Rektorate Horw, Ebikon, Buchrain, Root, Malters und Rothenburg. Die Wahrnehmung der betroffenen Rektorate ist eine andere als die vom Regierungsrat beschriebene. In der Antwort der Regierung auf Frage 6 heisst es: «Mit den geplanten sowie den bereits umgesetzten Massnahmen kann die gewohnte Qualität wieder erbracht werden.» Diese Antwort ist aus Sicht der Schulen nicht korrekt. Auch wenn die Dienststelle Personal gemäss Auskunft die Pensen erhöht hat und eine neue Leitung eingerichtet wurde, ist an den Schulen keine bis wenig Wirkung spürbar. Nach wie vor bestehen folgende Qualitätsdefizite: Die Wartezeiten sind extrem lang, um als Schule von der Dienststelle Personal eine Auskunft zu erhalten. Bei einer Neuanstellung sind die Schulleitungen darauf angewiesen, dass sie innerhalb von maximal zwei Arbeitstagen eine Lohneinreihung erhalten, um die sich bewerbende Person über den Lohn zu orientieren. Im Schnitt dauert es trotz mehrmaliger Aufforderung per E-Mail zwei Wochen, bis eine solche Auskunft vorliegt. In Zeiten, in denen es sehr schwierig ist, überhaupt Lehrpersonen zu finden, ist das keine gute Situation. Weiter geht es um die Erreichbarkeit. Die Dienststelle Personal ist nach wie vor äusserst schwierig zu erreichen. Telefonisch ist sie aktuell am Dienstag- und Mittwochnachmittag zwischen 15.30 und 16.00 Uhr und am Donnerstagsvormittag von 9.00 bis 12.00 Uhr erreichbar. Das sind total sechs Stunden, und zwar für alle Schulen. Mit diesen knappen Telefonzeiten ist der Anschluss die ganze Zeit besetzt, was für die Schulen kein akzeptabler Zustand mehr ist. Im Rahmen der Pensenmeldungen für das aktuelle Schuljahr haben viele Schulen zahlreiche Datensatzangaben zum Lehrpersonal erhalten, die nicht korrekt waren. Die Sekretariate mussten die Angaben korrigieren und wieder eine Rückmeldung machen. Der Datenaustausch zwischen den Schulen und der Dienststelle Personal muss unbedingt professioneller erfolgen, denn bis zur Einführung der neuen Schuladministrationssoftware wird es noch eine Weile dauern. Zudem ist in diesem Prozess aufgrund eines hängigen Gerichtsverfahrens mit einer zusätzlichen Zeitverzögerung zu rechnen. In der Antwort zu Frage 9 erklärt die Regierung, dass die Nutzung von Office 365 für das Transferieren von Personendaten zwischen Kanton und Gemeinden aus

Datenschutzgründen nicht erlaubt ist. Diese Antwort ist für die Schulen nicht nachvollziehbar, können doch mit einer M-365-A5-Lizenz sämtliche Daten der schulischen Dienste, auch Patientendaten, bearbeitet und geteilt werden. Das wurde vom Datenschutzbeauftragten des Kantons Luzern schriftlich bestätigt. In diesem Kontext scheint die Antwort der Regierung nicht glaubwürdig.

Tobias Käch: Ich danke Andy Schneider für diese guten Fragen, denn auch ich wurde in der Gemeinde schon auf diese Situation angesprochen. Danke sagen wollen wir hier aber vor allem den Schulleitungen, und zwar für ihren unermüdlichen Einsatz, um genügend gute Lehrpersonen für unsere Kinder einzustellen. Insbesondere bei Stellvertretungen muss es manchmal sehr schnell gehen. Umso ärgerlicher ist es dann, wenn infolge der Administration Verzögerungen auftreten. Die Mitte-Fraktion ist froh, dass nun Massnahmen eingeleitet wurden, um die genannten Probleme zu beheben. Wenn ich nun aber meinem Vorredner zuhöre, bin ich nicht mehr ganz sicher, ob das heute gesprochene oder das im Juli geschriebene Wort den aktuellen Tatsachen entspricht.

Christa Wenger: In der Antwort der Regierung wird aufgezeigt, dass die verschiedenen Probleme im Kontext mit den Lohnzahlungen von Lehrpersonen erkannt wurden und nun fortlaufend Verbesserungsmassnahmen geplant und umgesetzt werden. Andy Schneider hat in seinem Votum deutlich aufgezeigt, dass Handlungsbedarf besteht. Ich hebe drei Themenbereiche aus der Antwort hervor: Erstens: Es wird nachvollziehbar erläutert, warum pro Funktion zusätzliche 50 Franken erhoben werden. Die höhere Komplexität, vor allem aufgrund der unterschiedlichen Besoldung bei verschiedenen Funktionen, verursacht zusätzlichen administrativen Aufwand für die Gemeinden und für die Dienststelle Personal. Dieser zusätzliche Aufwand der Dienststelle Personal wird nun vollumfänglich den Gemeinden in Rechnung gestellt, und die zusätzlichen Kosten aufgrund der Komplexität landen vollumfänglich bei den Gemeinden. Zweitens: In der Antwort wird auf das Vorantreiben der Digitalisierung verwiesen und darauf, dass eine Zwischenlösung geplant ist. Ich will hier nur darauf hinweisen, dass die Einführung einer neuen Software immer mit zusätzlichem Aufwand verbunden ist und entsprechend – zumindest zu Beginn – auch Ressourcen gebunden werden. Drittens: Aus der Antwort der Regierung ist deutlich ersichtlich, welche Folgen zu knappe personelle Ressourcen haben. Die Arbeitsqualität leidet, und zusammen mit der allzu hohen Arbeitslast bewirkt dies bei den Mitarbeitenden eine Unzufriedenheit. Dies wirkt sich unter anderem direkt auf die Fluktuationsrate aus. Gerade im Hinblick auf zukünftige Debatten zum Personalbestand sollten wir uns bewusst sein, dass sich Personalengpässe nicht ausschliesslich mit Effizienzsteigerungen beheben lassen.

Ramona Gut-Rogger: Die FDP-Fraktion nimmt die Antwort der Regierung zur Kenntnis und weist gleichzeitig darauf hin, dass die Digitalisierung weiter voranzutreiben ist. Nur so können die personellen Ressourcen stabilisiert und die administrativen Prozesse automatisiert werden. Für die Ausgestaltung der digitalen Prozesse sind die Gemeinden rechtzeitig ins Boot zu holen. So wird eine reibungslose Effizienzsteigerung sichergestellt. Ausserdem sollen die digitalen Systeme die Arbeit entlasten und keine Mehrarbeit generieren. Diesen Sommer wurde erstmals eine digitalisierte Pensenmeldung eingesetzt mit dem Resultat, dass sämtliche Lehrpersonen mit Lektionen aus dem Schulpool falsche Pensenmeldungen und folglich auch falsche Lohnzahlungen erhalten haben. Es ist also wenig erstaunlich, wenn die Dienststelle Personal mit Fragen seitens der Lehrpersonen und der Gemeinden konfrontiert und belastet wird. Es braucht ein koordiniertes Vorgehen zwischen Kanton und Gemeinden, um gemeinsam weitere Fortschritte zu erzielen und auf beiden Seiten Mehrwerte zu generieren und tatsächlich eine Entlastung zu schaffen sowie die Kosten für die Führung der Personaldossiers nicht weiter ansteigen zu lassen.

Stephan Dahinden: Das Lohnwesen ist ein sehr heikles Thema, und die Qualitätsanforderungen sind hoch. Der Missstand ist uns auch aufgefallen: Die Dienststelle Personal, die das Personalwesen des Schulpersonals des Kantons verwaltet, hatte im ersten Quartal 2023 mit einer Spitze im Februar 2023 mit einem Problem zu kämpfen. Es gab 3 Prozent ausstehende Lohnzahlungen aufgrund vieler Pensenanpassungen. Diese Anpassungen kosten Ressourcen und Geld. Ich wünschte mir da eine flexiblere Lösung. Die Dienststelle Volksschulbildung hat einen externen Berater engagiert, der Massnahmen zur Reduzierung der Komplexität und Mängel untersucht hat. Es stellt sich die Frage, ob wirklich eine externe Stelle benötigt wurde oder ob interne Massnahmen ausgereicht hätten. Wir gehen davon aus, dass aus dieser Erfahrung gelernt wurde und alle getroffenen Massnahmen nachhaltig wirken. Somit erwarten wir, dass die Kosten in naher Zukunft wieder gesenkt werden können und somit der Gemeindebeitrag wieder reduziert werden kann. Die Unterstützung der Digitalisierung wird als Mittel zur Arbeitsvereinfachung angesehen, und es wird erwartet, dass die jetzt ergriffenen Massnahmen nachhaltig sind.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Ich freue mich, dass wir zumindest einen Konsens haben, dass nämlich die Lohnauszahlungen pflichtgerecht erledigt werden können. Das ist eine rote Linie, die auch unserer Meinung nach nicht überschritten werden darf. Was den Rest angeht, haben wir tatsächlich eine Differenz, und ich verstehe die Aussage von Tobias Käch. Er weiss nicht, was gilt, wahrscheinlich liegt die Wahrheit irgendwo in der Mitte. Es gibt durchaus noch Herausforderungen, aber wir sind auf dem Weg. Trotzdem ist nicht alles schlecht. Wir erzielen tatsächlich Fortschritte. Die Darstellung von Andy Schneider nehme ich so zur Kenntnis. Wir werden auf diesem Weg weitergehen. Nichtsdestotrotz brauchen wir auch strategische Massnahmen. Das System ist zu kompliziert und muss einfacher werden. Es muss digitaler werden, da gebe ich Ramona Gut-Rogger recht. Wir müssen aber auch die Schulen befähigen, dass sie einige Arbeiten besser und dezentraler erledigen können und wir nicht alles zentral administrieren müssen. Unsere Aufstellung ist etwas komplizierter, da zwei Departemente involviert sind. Das müssen wir nach Möglichkeit auch vereinfachen. Wir wollen die Gemeinden auf diesem Weg mitnehmen. Es ist eine Verbundaufgabe. Daher ist es wichtig, die Gemeinden und Schulen ins Boot zu holen, um am Schluss eine gute Lösung zu ermöglichen. Ich kann Stephan Dahinden jetzt schon sagen, dass wir den Gemeindebeitrag nicht senken können, weil das System schon heute bei Weitem nicht verursachergerecht ist. Unsere effektiven Kosten sind wesentlich höher als jene, die wir den Gemeinden verrechnen. Der Kostenteiler von 50:50 wird nicht eingehalten, aber wir kämpfen dafür, dass es in diese Richtung geht.